

Bhutanische Flüchtlinge

von Karl-Heinz Krämer

Nach dem Ende der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung in Nepal erwachte auch zunehmend das politische und soziale Bewußtsein der Menschen im benachbarten Himalaya-Königreich Bhutan. Äußeres Zeichen war die Gründung der 'Bhutan Peoples Party' (BPP) am 2. Juni 1990. Diese Partei, die sich selbst als demokratische Organisation bezeichnet, erklärte "dem Willkürrecht und der weitreichenden Mißachtung der Menschenrechte, der Verweigerung grundlegender Freiheitsrechte und der Unterdrückung des Volkes durch das gegenwärtige Regime in Thimpu" den Kampf.

Die Folge des Aufbegehrens waren brutale Gewaltaktionen des Staates mit vielen Toten und Verletzten und Tausenden von Verhaftungen. Zahlreiche Menschen flohen über die Grenze ins benachbarte Indien und dann oft weiter nach Nepal, wo insbesondere die nepalstämmige Bevölkerung Unterschlupf suchte. Mitte Juni 1991 befanden sich etwa 6.000 Flüchtlinge in Nepal, 15.000 in Assam, Sikkim und Westbengalen. 3.000 Personen waren inhaftiert. Ende Dezember 1991 war die Zahl der Flüchtlinge allein in Nepal auf 10.000 gestiegen.

Nach offiziellen bhutanischen Statistiken sind 15 Prozent der bhutanischen Bevölkerung nepalischer Abstammung; sie wurden vorwiegend im vorigen Jahrhundert von der bhutanischen Regierung ins Land geholt; meist handelte es sich dabei um die Bevölkerung des östlichen Nepal, die im 19. Jahrhundert unter dem politischen und wirtschaftlichen Druck des nepalischen Staates und der sich ausbreitenden hohen Hindukasten ihr Land und ihre Lebensgrundlage verloren und daher ins Ausland abwanderten. Daneben gibt es aber heute auch zahlreiche illegale Siedler und Vertragsarbeiter, so daß etwa 20 Prozent der bhutanischen Bevölkerung nepalischer Abstammung sein dürften. Während die nepalstämmige Bevölkerung im Süden Bhutans ansässig ist und kein Migrationsrecht in andere Teile des Landes besitzt, leben die ursprünglichen Bewohner Bhutans, die Sarchopa (ca. 50 Prozent der Gesamtbevölkerung) im Osten. Die herrschende Schicht des Landes aber sind die Drugpa, zugewanderte Tibeter, die den Westen und die Mitte des Landes besiedeln und nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Der Verlauf der bhutanischen Volksbewegung und das Schicksal der betroffenen Bevölkerung wurde von Anfang an durch die nepalischen Menschenrechtsorganisationen, wie HURON, HURFON und INSEC beobachtet und in Nepal publik gemacht. Unklar war zunächst die Reaktion der neuen nepalischen Regierung auf die Asylanträge geflohener hochrangiger bhutanischer Beamter. Mitte Juni 1991 hieß es jedoch, die nepalische Regierung gewähre den bhutanischen Flüchtlingen politisches Asyl. Premierminister Girija Prasad Koirala bezeichnete das bhutanische Problem nicht als ein ethnisches sondern als politisches und forderte den bhutanischen König zu einer liberalen Politik auf. Koirala erklärte am 22. September

1991, die 'Nepali Congress'-Regierung lasse der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung in Bhutan moralische Unterstützung und Sympatie zukommen. Man werde jede derartige Bewegung auf der ganzen Welt unterstützen, da die entsprechenden Kräfte in Nepal im vergangenen Jahr auch Unterstützung aus der ganzen Welt erhalten hätten. Man wolle sich aber auch nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einmischen. Es seien bereits Kontakte zum Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen bezüglich Hilfs- und Rehabilitationsmaßnahmen für die zahlreichen bhutanischen Flüchtlinge in Nepal aufgenommen worden.

Zu den außenpolitischen Beschlüssen des Parteikonvents des 'Nepali Congress' vom Februar diesen Jahres gehörte auch die erklärte Unterstützung der Demokratiebewegung in Bhutan. Nach offiziellen Angaben gab es Anfang Februar 1992 in den Flüchtlingslagern in Kankai und Timai, im ostnepalischen Jhapa-Distrikt, bereits 15.000 Flüchtlinge aus Bhutan. Ihre Zahl erhöhte sich damals täglich um etwa 150. Nepal ist selbst nicht in der Lage, diese Flüchtlinge zu versorgen. Nach Aussage von Krishna Prasad Bhattarai, dem Vorsitzenden des 'Nepali Congress', hat man daher die Vereinten Nationen eingeschaltet. In Bhutan selbst zeichnet sich derweil keine Veränderung der Lage ab.

Ende März 1992 reiste Narendra Bikram Shah, Foreign Secretary der nepalischen Regierung, zu dreitägigen Gesprächen nach Bhutan, um das Problem der bhutanischen Flüchtlinge in Nepal mit König Jigme Singe Wangchuk und anderen bhutanischen Offiziellen zu besprechen. Er überbrachte u.a. einen Brief von Premierminister Koirala, der Lösungsvorschläge für das wachsende Problem enthalten haben soll. Denn nach Aussagen des nepalischen Innenministeriums befanden sich Ende April bereits 35.000 Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern in Ostnepal, einschließlich derer, die sich außerhalb der Lager aufhielten betrage die Zahl sogar über 40.000. Jeden Tag kämen nun zwischen 250 und 500 weiteren Personen an.

Das World Food Program (WFP) der Vereinten Nationen kündigte an, man werde zusätzliche Nahrungsmittelhilfe im Wert von 1,73 Millionen US-Dollar zur Verfügung stellen. Für andere benötigte Güter stellt der United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) Waren im Wert von 1,5 Millionen US-Dollar zur Verfügung.